



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

12. Ratssitzung vom 26. August 2026

520. 2023/563

Weisung vom 24.06.2026:

Motion von Dr. David Garcia Nuñez und Tanja Maag betreffend Stadtspital Triemli, Aufbau einer somatopsychiatrischen Dual Station, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2023/563.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Das gleichzeitige Auftreten von körperlichen und psychischen Krankheiten ist ein wichtiges Thema, das uns und auch die Spitallandschaft beschäftigt. Wir haben diese Debatte vor nicht ganz zwei Jahren geführt. Es herrschte inhaltlich mehr oder weniger Einigkeit darüber, dass Handlungsbedarf besteht. Damals und heute ist es aber so, dass wir in diesem Bereich stark vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) abhängig sind. Das BAG hat zwar erkannt, dass Handlungsbedarf besteht, ist aber noch nicht so aktiv geworden, wie wir es uns vorstellen. Zudem stehen wir nach wie vor nicht auf der Spitalliste Psychiatrie und bekommen daher keine Leistungsaufträge. Das erschwert die Situation weiter. Dennoch arbeiten wir an der Sache und suchen nach konkreten Lösungen, wie wir bspw. mit den städtischen Gesundheitsdiensten den Konsiliar- und Liaisonspsychiatrischen Dienst ausbauen können. Das könnte in Richtung eines 24-Stunden-Modells gehen, wo aktiv mit dem Stadtspital zusammengearbeitet wird. Wir befinden uns zudem im Gespräch mit privat-gemeinnützigen Dienstleistern, die uns allenfalls unterstützen könnten. Sie sehen, wir sind überall dran, haben aber noch keine abschliessende Lösung. Daher beantragen wir Ihnen, unserer Fristerstreckung zuzustimmen.*

Yves Peier (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats: *In unseren Augen läuft die Motion in die entgegengesetzte Richtung zum allgemeinen Trend, mehr ambulante statt stationärer Behandlungen durchzuführen. Weil die Kosten im Gesundheitswesen ausser Rand und Band sind, lehnen wir das Ganze ab.*

Weitere Wortmeldungen:



Tanja Maag (AL): Yves Peier (SVP), mit der Umsetzung der Weisung behindert man den Trend zur Ambulantisierung, was durchaus sinnvoll ist, nicht. Es gibt Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, die in ein Akutspital müssen. Wir sprechen hier von Menschen, die im Akutspital eine Behandlung brauchen und Komorbiditäten aufweisen, psychisch wie auch physisch. Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass man mit solchen Massnahmen Kosten sparen kann. Auch die Antwort des Stadtrats zur Fristerstreckung erwähnt dies. Wir hätten uns natürlich ein schnelleres Resultat gewünscht. Man sieht, dass es ein komplexes Thema ist. Trotzdem sind anderthalb Jahre vergangen und es ist schade, dass wir noch nicht weiter sind. Noch ein Jahr draufzulegen schmerzt, aber wir sehen keine Möglichkeit, den Prozess zu beschleunigen. Wir appellieren trotzdem an den Stadtrat, in dieser Sache vorwärtzumachen.

Dafi Muharemi (SP): Eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung muss den Menschen als Ganzes betrachten. Körperliche und psychische Gesundheit gehören zusammen und sollten nicht getrennt voneinander behandelt werden. Gerade bei Menschen mit komplexen Erkrankungen zeigt sich, dass es Lücken gibt. Wenn jemand körperlich krank und gleichzeitig psychisch belastet ist, dann braucht es eine Behandlung, die beides berücksichtigt. Da setzt die Motion an. Für uns geht es aber nicht nur um eine neue Station. Es geht vor allem um eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen und um mehr psychiatrische Kompetenz im Akutspital. Die Motion sieht ausdrücklich vor, dass das Fachpersonal auch an anderen Standorten der städtischen Spitäler unterstützend tätig ist. Das ist auch für das Personal wichtig. Wir wissen, dass Pflegepersonal und medizinisches Personal bereits stark belastet sind. Wenn bei schwierigen Situationen das nötige psychiatrische Fachwissen fehlt, wird die Arbeit zusätzlich erschwert. Auf diese Belastung weist die Motion hin. Der SP ist wichtig, dass wir eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung haben, die für alle zugänglich ist und sich nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten richtet. Psychische Gesundheit darf dabei nicht weniger wichtig als körperliche Gesundheit sein. Menschen mit mehreren Erkrankungen sollten nicht zwischen verschiedenen Institutionen und Zuständigkeiten hin- und hergeschickt werden. Eine besser vernetzte Versorgung kann darum sowohl für Betroffene als auch fürs Personal eine konkrete Verbesserung bringen. Darum unterstützt die SP die Fristerstreckung.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 97 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 6. November 2024 überwiesenen Motion GR Nr. 2023/563 von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Tanja Maag (AL) vom 6. Dezember 2023 betreffend Stadtspital Triemli, Aufbau einer somatopsychiatrischen Dual Station wird um zwölf Monate bis zum 6. November 2027 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat